

GUTE SIGNALE FÜR DIE POLIZEI?

Entscheidend bleibt die personelle und finanzielle Umsetzung

Die Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg bewertet die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben zur inneren Sicherheit insgesamt positiv. Der Vertrag enthält zahlreiche Maßnahmen, die für die künftige Arbeit der Polizei von erheblicher Bedeutung sind. Gleichzeitig wird die Umsetzung darüber entscheiden, ob die angekündigten Ziele tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung der Sicherheitslage und der Arbeitsbedingungen der Polizeibeschäftigten führen.

Gundram Lottmann
Landesvorsitzender

„Der Koalitionsvertrag enthält wichtige und richtige Signale für die Polizei Baden-Württemberg. Die Landesregierung erkennt an, dass Sicherheit eine Grundvoraussetzung für Freiheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung ist. Viele der angekündigten Maßnahmen entsprechen langjährigen Forderungen der Gewerkschaft der Polizei.“

Besonders positiv bewertet die GdP die angekündigte Fortführung der Einstellungs- und Personaloffensive sowie der Digitaloffensive der Polizei. Die zunehmenden Anforderungen an die Polizei erfordern aus Sicht der Gewerkschaft eine langfristige Personalstrategie, die über einzelne Legislaturperioden hinausgeht. Die demografische Entwicklung, steigende Einsatzbelastungen und neue Kriminalitätsformen machen zusätzliche Investitionen in Personal zwingend erforderlich.

„Die Polizei steht vor einem Generationenwechsel. In den kommenden Jahren werden zahlreiche erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienst ausscheiden. Gleichzeitig steigen die Anforderungen durch Cyberkriminalität, Extremismus, Terrorismus, organisierte Kriminalität und Gewaltkriminalität. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung den eingeschlagenen Weg fortsetzen will.“

Ein weiterer Schwerpunkt des Koalitionsvertrages liegt auf der Digitalisierung der Sicherheitsbehörden. Die GdP sieht da-

rin große Chancen für die tägliche Polizeiarbeit. Digitale Ermittlungswerkzeuge, moderne Auswertesysteme und intelligente Anwendungen können Ermittlungen beschleunigen und Einsatzkräfte entlasten. Gleichzeitig warnt die Gewerkschaft davor, Digitalisierung mit Personaleinsparungen gleichzusetzen.

„Digitale Lösungen können die Arbeit der Polizei verbessern. Sie ersetzen aber keine Polizistin und keinen Polizisten. Sicherheit entsteht durch Menschen, die rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar und einsatzbereit sind.“

Ausdrücklich begrüßt die GdP die geplante Ausweitung der intelligenten Videoüberwachung nach dem Vorbild des Mannheim-Modellprojektes. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass moderne Videoanalyse einen wichtigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und zur frühzeitigen Erkennung von Gefahrensituationen leisten kann.

„Die technische Entwicklung eröffnet neue Möglichkeiten für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Diese Möglichkeiten müssen verantwortungsvoll und rechtsicher genutzt werden. Die intelligente Videoüberwachung kann dabei ein wichtiger Baustein sein.“

Positiv bewertet die GdP auch die angekündigte Stärkung des Verfassungsschutzes, des Bevölkerungsschutzes sowie die Fort-

führung und Stärkung des Sonderstabes Gefährliche Ausländer. Die aktuelle Sicherheitslage zeige, dass sich die Bedrohungen für Staat und Gesellschaft verändert haben. Neben klassischer Kriminalität gewinnen hybride Angriffe, Extremismus, Desinformation und internationale Krisen zunehmend an Bedeutung.

„Die Sicherheitsbehörden müssen auf neue Gefahrenlagen vorbereitet werden. Dazu gehören leistungsfähige Nachrichtendienste, ein starker Bevölkerungsschutz und eine Polizei, die technisch, personell und rechtlich auf der Höhe der Zeit ist.“

Kritisch betrachtet die GdP hingegen, dass der Koalitionsvertrag an mehreren Stellen keine konkreten Aussagen zur personellen Verstärkung des Polizeivollzugsdienstes enthält. Die Belastung in vielen Bereichen der Polizei sei bereits heute hoch. Zahlreiche Dienststellen arbeiten seit Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen.

„Die Kolleginnen und Kollegen erleben täglich, dass neue Aufgaben hinzukommen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Bevölkerung an die Polizei. Deshalb müssen zusätzliche Aufgaben immer auch mit zusätzlichem Personal hinterlegt werden.“

Von besonderer Bedeutung für die künftige Polizeiarbeit sind aus Sicht der GdP außerdem die angekündigten Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung und zum Bürokratieabbau. Polizeibeamtinnen und Po-



lizeibeamte verbringen noch immer erhebliche Teile ihrer Arbeitszeit mit Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben.

„Jede Stunde, die ein Polizeibeamter weniger am Schreibtisch verbringen muss, steht für Präsenz auf der Straße, Ermittlungen oder die Betreuung von Opfern zur Verfügung. Deshalb begrüßen wir alle Maßnahmen, die Verfahren vereinfachen und Verwaltungsaufwand reduzieren.“

Die GdP erwartet darüber hinaus Fortschritte bei der Modernisierung der persönlichen Ausstattung, beim Ausbau digitaler Einsatzmittel, bei der Verbesserung des Schutzes von Polizeibeschäftigten vor Gewalt sowie bei der Stärkung der Ermittlungs- und Analysefähigkeiten der Polizei.

„Der Koalitionsvertrag beschreibt viele richtige Ziele. Jetzt müssen daraus konkrete Maßnahmen werden. Die Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg erwarten zu Recht, dass den Ankündigungen spürbare Verbesserungen folgen. Die Sicherheit der Menschen im Land und die Arbeitsbedingungen der Polizei müssen dabei gleichermaßen im Mittelpunkt stehen.“

Die GdP Baden-Württemberg wird die Umsetzung der sicherheitsrelevanten Vor-

haben während der gesamten Legislaturperiode konstruktiv begleiten. Maßstab bleibt die Frage, ob die angekündigten Maßnahmen die Einsatzfähigkeit der Polizei stärken, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verbessern und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nachhaltig entlasten.



Gundram Lottmann im ersten Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Manuel Hagel (CDU)

Durch den besonderen Einsatz der Gewerkschaft der Polizei wurde eine Modernisierung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) aufgenommen.

Eine Überarbeitung der Eingruppierungen für Tarifbeschäftigte ist längst überfällig, und eine stufengleiche Höhergruppierung eröffnet hierbei im Rahmen der tarifrechtlichen Möglichkeiten Entwicklungsperspektiven.

Bei vielen positiven Zielsetzungen muss leider festgestellt werden, dass die neue Landesregierung an der Kennzeichnungspflicht festhalten möchte. Dies obwohl eine Landtagsanfrage ergab, dass für den Zeitraum Juli 2024 bis Juli 2025 lediglich eine einzige Anfrage an das PP Einsatz gestellt wurde. Dieser Anfrage lag die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens im Nachgang an eine Demonstrationssituation zugrunde. Bleibt zu hoffen, dass die grün-schwarze Koalition ihr Ziel des Bürokratieabbaus ernst nimmt und damit die Kennzeichnungspflicht wieder abschafft.

Die Polizei benötigt Vertrauen für ihre Arbeit und keine sinnlosen Gesetze, die eine Tarifbeschäftigte das ganze Jahr bindet, um Nummerntetris im Sinne der Kennzeichnungspflicht zu spielen. ■

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Schwerpunkte bei der inneren Sicherheit erkennbar?

Mit seiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat Cem Özdemir die innere Sicherheit zu einem zentralen Handlungsfeld der neuen Landesregierung erklärt. Neben wirtschaftlichen und bildungspolitischen Themen kündigte er umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsbehörden an.

Die Landesregierung plant, bei der Polizei 1.000 zusätzliche Stellen zu schaffen und die bereits begonnene Einstellungsoffensive fortzuführen. Zudem sollen die Sicherheitsbehörden personell, technisch und infrastrukturell gestärkt werden. Auch die Ausweitung intelligenter Videoüberwachung, der Einsatz automatisierter Bildabgleiche im Internet sowie zusätzliche Bodycams gehören zu den angekündigten Maßnahmen.

Özdemir betonte in seiner Rede, dass Sicherheit täglich neu gewährleistet werden müsse. Angesichts zunehmender Cyberangriffe, Hasskriminalität und Gewalt gegen Einsatzkräfte seien moderne Sicherheitsbehörden unverzichtbar. Baden-Württemberg solle auch künftig zu den sichersten Regionen der Welt gehören.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei sind die angekündigten Maßnahmen ein wichtiges Signal für die Polizeibeschäftigten im Land. Insbesondere die Schaffung zusätzlicher Stellen wird seit Jahren von der GdP gefordert. Gleichzeitig weist die Gewerkschaft darauf hin, dass neue Stellen allein die bestehenden Herausforderungen nicht lösen.



Die GdP Baden-Württemberg begrüßte die angekündigten Investitionen: Die Landesregierung setzt mit der Stärkung der Polizei ein wichtiges Zeichen. Die Kolleginnen und Kollegen leisten jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg. Zusätzliche Stellen, moderne Technik und eine zeitgemäße Ausstattung sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Nach Auffassung der GdP müsse nun jedoch die konkrete Umsetzung folgen. Die Personalgewinnung bleibe eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Gleichzeitig müssten die Arbeitsbedingungen verbessert werden, um den Polizeiberuf dauerhaft attraktiv zu halten.

Dazu gehören aus Sicht der Gewerkschaft moderne Dienstgebäude, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, ausreichende Fortbildungsangebote sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die zunehmende Belastung durch Gewalt gegen Polizeibeschäftigte und Rettungskräfte erfordere weitere Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte.

Die GdP bewertet zudem positiv, dass die Landesregierung ausdrücklich die Bedeutung von Polizei, Justiz, Feuerwehr und Rettungsdiensten für die Stabilität der Gesellschaft hervorgehoben hat. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spannungen sei ein handlungsfähiger Rechtsstaat von zentraler Bedeutung.

Für die Polizeibeschäftigten wird nun entscheidend sein, ob den politischen Ankündigungen konkrete Investitionen und nachhaltige Verbesserungen folgen. Die Gewerkschaft der Polizei kündigte an, die Umsetzung der sicherheitspolitischen Vorhaben der Landesregierung konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten.

Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Wer Sicherheit dauerhaft gewährleisten will, muss in die Menschen investieren, die diese Aufgabe täglich erfüllen. Daran werden wir die Landesregierung messen! ■

GdP zur REGIERUNGSERKLÄRUNG von Ministerpräsident Cem Özdemir

Die angekündigte Stärkung der inneren Sicherheit ist ein wichtiges und richtiges Signal.

- ✓ 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei – ein wichtiger Schritt!
- ✓ Moderne Technik und neue Einsatzmittel stärken unsere Arbeit.
- ✓ Sicherheit braucht attraktive Arbeitsbedingungen, moderne Dienststellen und Entlastung.
- ✓ Angriffe auf Einsatzkräfte müssen konsequent bekämpft werden.
- ✓ Jetzt müssen den Ankündigungen Taten und die nötigen Mittel folgen!

SICHERHEIT GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF!

Thomas Mohr
Sprecher der GdP Baden-Württemberg

gdp-bw.de

Foto: GdP BW (K.-genetert)

JUNGE GRUPPE STARTET UMFRAGE

„Viele Themen sind nicht neu“ Blaulichtstudie trifft auf 40 Jahre Praxiserfahrung

Wie zufrieden sind junge Polizeibeschäftigte mit Ausbildung, Beruf und Arbeitsbedingungen? Dieser Frage geht die JUNGE GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei gemeinsam mit der Technischen Universität Chemnitz nach. Mit der bundesweiten „Blaulichtstudie“ soll erstmals in diesem Umfang untersucht werden, welche Faktoren die Berufs- und Ausbildungszufriedenheit junger Polizeibeschäftigter beeinflussen.

Redaktion

Hintergrund der Untersuchung sind zunehmende Herausforderungen bei der Personalgewinnung und Personalbindung. Die Polizei steht wie viele andere Arbeitgeber im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte. Gleichzeitig verändern sich die Erwartungen junger Menschen an Arbeits-

bedingungen, Führung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Alle Mitglieder der JUNGE GRUPPE erhielten Anfang Juni 2026 einen personalisierten Zugang zu einem Onlinefragebogen. Je nach Status erfolgte die Teilnahme entweder im Bereich Ausbildung oder Beruf.

Der Fragebogen zur Berufszufriedenheit untersucht die Arbeitsbedingungen, die Organisation des Dienstes, die persönliche Zufriedenheit sowie konkrete Veränderungswünsche. Im Bereich Ausbildung werden sowohl die praktische Ausbildung als auch der schulische beziehungsweise hochschulische Teil betrachtet.



Foto: GdP/BW (TM), Ki-generated



Themen sind unter anderem die Qualität der Ausbildung, die Betreuung durch Ausbilderinnen und Ausbilder, die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, die Rückmeldekultur sowie Belastungen im Ausbildungsalltag.

Der Befragungszeitraum läuft bis zum 28. Juni 2026. Die Bearbeitung dauert rund 20 Minuten. Die Ergebnisse sollen im November 2026 auf dem Bundeskongress der GdP vorgestellt werden.

Erfahrungen aus vier Jahrzehnten Schichtdienst

Neben den wissenschaftlichen Erkenntnissen können auch die Erfahrungen langjähriger Kolleginnen und Kollegen wichtige Impulse liefern. Einer von ihnen ist Theo Weber. Der ehemalige Polizeibeamte ist seit dem 1. Juni 2016 im Ruhestand und war zuvor nahezu 40 Jahre im operativen Schichtdienst tätig. Mit seiner ausdrücklichen Zustimmung stellt er seine persönlichen Erfahrungen für

diesen Beitrag zur Verfügung. Weber verfolgt die aktuelle Diskussion um Berufs- und Ausbildungszufriedenheit mit Interesse. Viele der heute angesprochenen Themen seien aus seiner Sicht keineswegs neu.

„Das größte Problem für die Neuen war zu jeder Zeit der Wunsch nach einer heimatnahen Versetzung, um etwas aufzubauen“, berichtet Weber. Die wenigsten seien damals in unmittelbarer Nähe ihrer Dienststelle eingesetzt worden. Lange Fahrzeiten, Pendelstrecken und zusätzliche Wohnkosten hätten viele junge Kolleginnen und Kollegen früh belastet.

Nach seiner Wahrnehmung verschärften sich die Probleme durch die Umstellung von geregelten Ausbildungszeiten auf den Wechselschichtdienst. Gleichzeitig seien die Personalstärken vielerorts zurückgegangen, während die Zahl der Zusatzdienste und Sonderbelastungen zugenommen habe.

„Immer weniger Leute in den Schichten, immer mehr Zusatzdienste. Für Pendlerinnen und Pendler verheerend“, fasst Weber seine Erfahrungen zusammen.

Besonders kritisch bewertet er die Entwicklung im Bereich Führung und Ausbildung. Aus seiner Sicht reicht theoretisches Wissen allein nicht aus, um andere erfolgreich auszubilden oder zu führen.

„Ich bin der Meinung, dass man mindestens fünf Jahre im Streifen- und Schichtdienst tätig gewesen sein muss, um sich in diesem Apparat Polizei ein profundes Wissen anzueignen. Erst dann hat man alles erlebt, war überall dabei und kann andere glaubwürdig ausbilden oder führen.“

Weber sieht die Gefahr, dass praktische Erfahrungen im täglichen Polizeidienst gegenüber formalen Qualifikationen zunehmend an Bedeutung verlieren. Erfahrungen aus dem Einsatzgeschehen, aus Bürgerkontakten und aus schwierigen Lagen seien jedoch unverzichtbar.

„Erfahrungen vor Ort sind zigmal mehr wert als reines Schulwissen“, lautet sein Fazit.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen

Die Blaulichtstudie wird keine individuellen Erfahrungen ersetzen können. Sie bietet jedoch die Möglichkeit, Wahrnehmungen vieler junger Polizeibeschäftigter systematisch zu erfassen und wissenschaftlich auszuwerten.

Gerade die Schilderungen von Kollegen wie Theo Weber zeigen, dass viele Herausforderungen generationenübergreifend bestehen. Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Dienstplanung, der Führungskultur, der Personalstärke oder der Bedeutung praktischer Erfahrung beschäftigen die Polizei seit Jahrzehnten.

Die Ergebnisse der Studie werden zeigen, welche Themen die heutige Generation besonders bewegen und an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht. Für die GdP können daraus wichtige Impulse für die zukünftige Ausgestaltung von Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Personalentwicklung entstehen. **TM**

DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Gewerkschaftshaus
Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 252806-23
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Thomas Mohr (V.i.S.d.P.)
Öffentlichkeitsarbeit
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
redaktion@gdp-bw.de
Telefon: (0176) 24924459

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte informatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die Ausgabe 8/2026 ist der 3. Juli 2026 und 9/2026 ist der 3. August 2026



Foto: GdP/MA (TM)

GEMEINSCHAFT AUF ZWEI RÄDERN

Unterwegs durch Pfälzerwald und Nahetal

Motorradfahren verbindet. Das zeigte sich einmal mehr bei der diesjährigen Motorradtour der GdP-Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim. Bei strahlendem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen machten sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen auf den Weg zu einer gemeinsamen Ausfahrt durch Rheinland-Pfalz.

Redaktion

Startpunkt war die GdP-Geschäftsstelle in Mannheim. Von dort führte die Route über die Deutsche Weinstraße und durch den Pfälzerwald in Richtung Johanniskreuz. Anschließend ging es über Lauterecken, Meisenheim und Kirn zum Flugplatz Idar-Oberstein. Dort legte die Gruppe eine gemeinsame Mittagspause ein.

Die rund 300 Kilometer lange Tour bot alles, was Motorradfahrer schätzen. Kurvenreiche Strecken, beeindruckende Landschaften und zahlreiche Gelegenheiten für Gespräche und den persönlichen Austausch. Gerade dieser kameradschaftliche Aspekt macht solche Veranstaltungen für viele Mitglieder besonders wertvoll. Im beruflichen Alltag stehen Polizeibeschäftigte häufig unter hoher Belastung. Gemeinsame Freizeitaktivitäten bieten die Möglichkeit, Kontakte zu pflegen, neue Kolleginnen und Kollegen kennenzulernen und den Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaft zu

MOTORRAD SAISON 2026

GdP MANNHEIM MOTORRADTOUR

✓ DIE ROUTE STEHT FEST!

ABWECHSLUNGSREICH. KURVENREICH. GEMEINSAM.

FREITAG
5. JUNI 2026

START: 9:00 UHR
GdP Geschäftsstelle Mannheim

MITTAGSPAUSE
Flugplatz Idar-Oberstein
11:45 – 13:15 UHR

TOURENDE
ca. 16:00 UHR
in Mannheim

ES SIND NOCH WENIGE PLÄTZE VERFÜGBAR!

CA. 310 KM
FAHRZEIT CA. 9:15 H
+ 1:30 H PAUSE

HINFAHRT →
ANKUNFT: 11:45 UHR

- 1 MANNHEIM 09:00 UHR
- 2 BAD DÜRKHEIM
- 3 FRANKENSTEIN
- 4 JOHANNISKREUZ
- 5 HOCHSPETER
- 6 LAUTERECKEN
- 7 MEISENHEIM
- 8 KIRN
- 9 FLUGPLATZ IDAR-OBERSTEIN 11:45 UHR

TOUR-HIGHLIGHTS

- Dreifach abwechslungsreicher
- Wenig bis statt eines Nahetal
- Viele Kurven zwischen Herrstein, Kempfeld und Allenbach
- Motorradstrecken rund um Baumholder und Kusel
- Rückkehr über das Pfälzerwald
- Keine Autobahn
- Ausschließlich befestigte Straßen

MITTAGSPAUSE
FLUGPLATZ IDAR-OBERSTEIN
11:45 – 13:15 UHR

RÜCKFAHRT ↩

- 10 FLUGPLATZ IDAR-OBERSTEIN
- 11 HERRSTEIN
- 12 KEMPFELD
- 13 ALLENBACH
- 14 THALFANG
- 15 MORBACH
- 16 BIRKENFELD
- 17 BAUMHOLDER
- 18 KUSEL
- 19 GLAN-MÜNSCHWEILER
- 20 ALTENGLAN
- 21 LAUTERECKEN
- 22 WOLFSTEIN
- 23 ELMSTEIN
- 24 LAMBRECHT
- 25 NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE
- 26 MANNHEIM ca. 16:00 UHR

ANMELDUNGEN AB SOFORT UNTER:

info@gdpmannheim.de
WhatsApp +49 178 24824459

GEMEINSAM UNTERWEGS. SICHER ANKOMMEN.

Gewerkschaft Sicherheit Natur erleben

Team GdP ❤️

Foto: GdP/BW (TM)

Foto: GdP/MA (TM)



stärken. Die Motorradtour der GdP-Mannheim ist dafür seit Jahren ein gelungenes Beispiel.

Nach der Mittagspause führte die Rückfahrt über eine alternative Strecke durch das Nordpfälzer Bergland zurück in die Metropolregion Rhein-Neckar. Die Teilnehmer genossen die abwechslungsreiche Landschaft und die hervorragenden Straßenverhältnisse. Am Nachmittag erreichte die Gruppe wieder sicher Mannheim.

Besonders erfreulich war, dass die gesamte Ausfahrt ohne Zwischenfälle verlief. Alle Teilnehmer kamen wohlbehalten ans Ziel und

blickten auf einen gelungenen Tag zurück. „Solche Veranstaltungen leben von der Gemeinschaft. Es geht um Begegnungen, Gespräche und gemeinsame Erlebnisse außerhalb des Dienstes. Genau das macht unsere Gewerkschaft aus“, betont Thomas Mohr, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim.

Die positive Resonanz der Teilnehmer zeigt, dass das Interesse an gemeinsamen Aktivitäten ungebrochen ist. Die Vorfreude auf die nächste Motorradtour ist bereits jetzt groß. **TM**



ROUVEN LAUR BLEIBT UNVERGESSEN

GdP erinnert am Mannheimer Marktplatz an den getöteten Kollegen

Zwei Jahre nach dem tödlichen Messerangriff auf den Mannheimer Polizeibeamten Rouven Laur hat die Gewerkschaft der Polizei am 31. Mai erneut an den verstorbenen Kollegen erinnert. Am Tatort auf dem Mannheimer Marktplatz versammelten sich Vertreterinnen und Vertreter der GdP, der Polizei, der Stadt Mannheim sowie der Landespolitik, um gemeinsam innezuhalten und Rouven Laur zu gedenken.

Um 11:34 Uhr, dem Zeitpunkt des Angriffs am 31. Mai 2024, hielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Schweigeminute ab. Blumen wurden an der Gedenktafel niedergelegt. Die GdP-Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim erinnerte zusätzlich mit einem Gedenkschild an den Kollegen, der zwei Tage nach dem Angriff seinen schweren Verletzungen erlag.

Für die GdP-Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim nahmen Vorsitzender Thomas Mohr sowie weitere Vorstandsmitglieder am Gedenken teil. Ebenfalls vor Ort waren die Familie von Rouven, der stellver-

tretende Ministerpräsident und Innenminister Manuel Hagel (CDU), Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz sowie Mannheims Oberbürgermeister Christian Specht, Polizeipräsidentin Ulrike Schäfer und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Stadt und des Polizeipräsidiums Mannheim.

„Der heutige Tag führt uns erneut schmerzhaft vor Augen, welchen Gefahren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte täglich ausgesetzt sind. Rouven Laur stand im Einsatz für unsere Gesellschaft und bezahlte diesen Dienst mit seinem Leben. Wir werden ihn nicht vergessen“, erklärte Thomas Mohr am Rande der Gedenkveranstaltung.

Für viele Polizeibeschäftigte ist der 31. Mai längst mehr als ein Jahrestag. Die Ereignisse von Mannheim haben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Polizei eingepreßt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen erinnern sich noch heute an die Bilder des Angriffs, an die Stunden des Hoffens und an die Nachricht vom Tod des jungen Polizeibeamten am 2. Juni 2024.

Die Gewerkschaft der Polizei hat deshalb den 31. Mai offiziell zum Gedenktag für Rouven Laur erklärt. Künftig soll jedes Jahr an diesem Datum an den Kollegen erinnert werden. Zugleich steht der Tag stellvertretend für alle Polizeibeschäftigten, die im Dienst verletzt oder getötet wurden.

Der GdP-Landesvorsitzende Gundram Lottmann betonte die besondere Bedeutung dieses Tages: „Eine furchtbare und sinnlose Tat jährt sich zum zweiten Mal. Meinen Kolleginnen und Kollegen wird vor Augen geführt, wie schnell eine allgemeine Einsatzlage in eine tödliche Eskalation führen kann. Unsere Gedanken sind bei Rouven, seiner Familie und Angehörigen.“

Auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, erinnerte an die gesellschaftliche Verantwortung, Einsatzkräfte besser zu schützen: „Rouven Laur steht stellvertretend für viele Polizeibeschäftigte, die täglich für die Sicherheit der Menschen in unserem Land eintreten. Sein Tod mahnt uns, den Schutz der Einsatzkräfte weiter zu stärken, jede Form von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte konsequent zu bekämpfen und als Gewerkschaft noch lauter für bessere Absicherungen unserer Familien zu streiten.“

Für die Gewerkschaft der Polizei bleibt die Erinnerung an Rouven Laur Verpflichtung und Auftrag zugleich. Sein Name steht für einen jungen Kollegen, der im Einsatz für die Gesellschaft sein Leben verlor. Die GdP wird deshalb auch künftig am 31. Mai an Rouven Laur erinnern.

Denn eines steht für die Kolleginnen und Kollegen fest: Rouven Laur wird nicht vergessen.

Anmerkung: Wir bedanken uns für das Gedenkschild durch die Unterstützung unseres Kooperationspartners Axel Siegelmann, Geschäftsführer der Theo Fischer GmbH Mannheim, wie auch bei Hauptgeschäftsführerin Christine Igel von der Veranstaltungen – Tourismus – Marketing: Mannheim erleben GmbH, für die Genehmigung zur Anbringung der GdP-Gedenktafel. ■





POLIZEIBEAMTE BIS 67 JAHRE IM DIENST?

Müssen die Dienststellen nun umdenken?

Ein Kommentar von Thomas Mohr

Die grün-schwarze Landesregierung will Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten künftig ermöglichen, auf freiwilliger Basis bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter im Dienst zu bleiben. Die besondere Altersgrenze soll bestehen bleiben. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass eine Weiterbeschäftigung möglich wird, wenn Beamtin oder Beamter und Dienststelle zustimmen und keine dienstlichen oder persönlichen Gründe entgegenstehen.

Ich stehe einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit grundsätzlich kritisch gegenüber. Polizeiarbeit ist körperlich und psychisch belastend. Jahrzehntelanger Schichtdienst, Wochenenddienste und belastende Einsätze hinterlassen Spuren. Wer nach einem langen Berufsleben mit Erreichen der Altersgrenze in Pension gehen möchte, hat sich diesen Ruhestand verdient.

Gleichzeitig respektiere ich die Entscheidung derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die freiwillig länger arbeiten möchten. Diese Entscheidung muss jeder selbst treffen können. Ohne Druck und ohne Nachteile.

Der entscheidende Punkt liegt für mich an anderer Stelle. Schon heute können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eine Verlängerung ihrer Dienstzeit beantragen. Viele Anträge scheitern jedoch an der Frage, ob ein dienstliches Interesse anerkannt wird. Gleichzeitig hören wir überall Klagen über Personalmangel, hohe Belastungen und fehlende Erfahrungsträger.

Besonders auffällig ist, dass Verlängerungen bei Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten häufig genehmigt werden. Bei erfahrenen Ermittlerinnen, Bezirksdienstbeamten oder Spezialisten sieht die Praxis oft anders aus. Genau deshalb stellt sich die Frage nach einer fairen und nachvollziehbaren Gleichbehandlung.

Wer leistungsfähig, motiviert und gesundheitlich dienstfähig ist, sollte eine echte Chance auf eine Verlängerung erhalten. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels

POLIZEIBEAMTE BIS 67 JAHRE IM DIENST? DANN MÜSSEN DIE DIENSTSTELLEN AUCH JA SAGEN.

Ein persönlicher Kommentar

- Ich stehe einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit **grundsätzlich kritisch** gegenüber. Wer nach Jahrzehnten im Polizeidienst mit 62 Jahren in Pension gehen möchte, hat sich das verdient.
- Wer **freiwillig länger arbeiten möchte**, sollte diese Möglichkeit aber ebenfalls erhalten. Die **Entscheidung muss bei den Kolleginnen und Kollegen liegen** – nicht bei unterschiedlichen Maßstäben der Verwaltung.
- Schon heute können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte über die Altersgrenze hinaus arbeiten. **Viele Anträge werden jedoch mit dem Hinweis auf ein fehlendes dienstliches Interesse abgelehnt.**
- Gleichzeitig werden Dienstzeitverlängerungen bei **Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten regelmäßig genehmigt**. Diese unterschiedliche Praxis halte ich für erklärungsbedürftig.
- Wer gesund, leistungsfähig und motiviert ist, sollte freiwillig länger arbeiten dürfen. Wer mit 62 in Pension gehen möchte, soll dies ebenso **ohne Rechtfertigung** tun können.

Thomas Mohr
GdP-Vorsitzender Mannheim und Personalrat im ÖPR und HPR

KOALITIONSVERTRAG BADEN-WÜRTTEMBERG 2026-2031

- Altersgrenze für Polizei bleibt bei 62 Jahren.
- Freiwillige Verlängerung der Dienstzeit bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter (bis 67 Jahre) vorgesehen.
- Zustimmung der Dienststelle erforderlich.
- Keine dienstlichen oder in der Person liegenden Gründe dürfen entgegenstehen.

DIE POLITIK WILL ARBEITEN BIS 67 ERMÖGLICHEN. DANN MÜSSEN DIE DIENSTSTELLEN AUCH BEREIT SEIN, HÄUFIGER JA ZU SAGEN.

- FREIWILLIGKEIT STATT ZWANG.** Jeder entscheidet für sich.
- GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE.** Nicht nur für Führungskräfte.
- PENSION MIT 62 BLEIBT RICHTIG.** Respekt für alle, die diesen Weg wählen.

Foto: GdP-MA (TM)/KI-generiert

kann es sich die Polizei nicht leisten, auf Erfahrung und Fachwissen zu verzichten.

Ich begrüße deshalb nicht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit an sich. Ich begrüße die Wahlfreiheit. Wer mit 62 Jahren in Pension gehen möchte, soll dies können. Wer freiwillig länger arbeiten möchte, ebenfalls.

Die geplante Regelung wird nur dann glaubwürdig sein, wenn sie auch tatsächlich angewandt wird. Eine Möglichkeit bis 67 Jahre auf dem Papier reicht nicht aus. Es braucht transparente und landeseinheitliche Kriterien für die Entscheidung über Anträge.

Freiwillig länger zu arbeiten, darf kein Privileg einzelner Spitzenfunktionen sein.

Wenn die Politik von einer Weiterbeschäftigung bis 67 Jahre spricht, dann müssen die Dienststellen künftig auch bereit sein, häufiger Ja zu sagen.

Anmerkung der Redaktion:

Dieser Beitrag ist ein persönlicher Kommentar. Kommentare dienen der Einordnung und Bewertung eines Themas aus Sicht des Verfassers. Die dargestellten Auffassungen spiegeln die persönliche Meinung von Thomas Mohr wider und müssen nicht in allen Punkten der offiziellen Position der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg entsprechen. ■



**GEWERKSCHAFT
DER POLIZEI**

STARK. KOMPETENT. FÜR DICH.

IN ZUSAMMENARBEIT MIT



Plopsaland
DEUTSCHLAND



**31%
RABATT**

**EXKLUSIV FÜR
GdP-MITGLIEDER!**



DER PERFEKTE FREIZEITPARK FÜR DIE GANZE FAMILIE!



**ÜBER
50 ATTRAKTIONEN**



**FÜR DIE GANZE
FAMILIE**



**BIS ZU
31 % SPAREN**



**EXKLUSIVE VORTEILE
FÜR GdP-MITGLIEDER**

**DEINE VORTEILE
ALS GdP-MITGLIED:**

- ✓ Bis zu 31 % Rabatt auf Tagestickets
- ✓ Für Ausflüge mit der ganzen Familie
- ✓ Erleben, staunen und Spaß haben
- ✓ Exklusiv für GdP-Mitglieder und deren Familien

**TICKETS ÜBER DEINEN LOGIN
BEI CORPORATE BENEFITS
DER GdP SICHERN!**



CORPORATE BENEFITS

**Einloggen, Vorteile nutzen
und bis zu 31 % sparen!**



**EINE STARKE
GEMEINSCHAFT**



**EINER FÜR ALLE -
ALLE FÜR EINEN**



**SOLIDARITÄT
LEBEN**



**MEHR ALS
GEWERKSCHAFT**

Nur bei der GdP.

*Deine Vorteile.
Deine Gemeinschaft.*

GdP. GUT GEWÄHLT.



www.gdp-bw.de